



Gesamtpersonalrat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen

Auskunft erteilt
Doris Hülsmeier

Telefon (0421) 361 2215

Fax (0421) 496 2215

E-Mail
gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de

Internet
www.gesamtpersonalrat.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)

Bremen, 17. März 2011

Parteien haben Flagge gezeigt

Personalrätekonferenz zum öffentlichen Dienst der Zukunft

„Flagge zeigen für den öffentlichen Dienst“ forderte die Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Doris Hülsmeier, von den ParteienvertreterInnen im Rahmen einer Personalrätekonferenz am 17. März. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Bürgerschaftswahl hatte der Gesamtpersonalrat dazu die Vorsitzenden der Parteien eingeladen, die in der Bremischen Bürgerschaft mit Fraktionen vertreten sind.



Für die SPD bekannte sich deren Landesvorsitzender Andreas Bovenschulte deutlich zu leistungsfähigen öffentlichen Diensten als Grundlage eines sozialen Gemeinwesens. Die Landessprecherin der Grünen, Karin Mathes, erteilte Privatisierungen eine Absage und bekannte sich insbesondere zur Stabilisierung der Eigenreinigung im bremischen öffentlichen Dienst. Beide stellten sich ausdrücklich hinter die Umsetzung der Kürzungsverpflichtungen. Der Vertreter der CDU, Rainer Bensch, stellt sich eine Personalentwicklung und Ausgliederungen vor. Die Linke sieht nach den Worten ihrer Sprecherin Cornelia Barth in der Schuldenbremse keine Lösung der Probleme der öffentlichen Haushalte. Bremen solle sich diesen Regelungen nicht fügen.



InteressenvertreterInnen aus vielen Bereichen des bremischen öffentlichen Dienstes zeigten in „Denkstößen“ den PolitikerInnen auf, in welchem Ausmaß sich die Arbeitsbedingungen im bremischen öffentlichen Dienst im Zuge jahrzehntelangen Stellenabbaus verschlechtert haben. Sowohl für Einnahmesicherungen durch einen gerechten Steuervollzug und als auch für eine gute Qualität öffentlicher Dienstleistungen sei eine ausreichende Personalausstattung unverzichtbar. Dies werde nicht zuletzt an positiven Beispielen deutlich, wie etwa bei den Kindertagesstätten, für deren verbesserte Personalausstattung die rot/grüne Koalition gelobt wurde. Es wurde aber auch deutlich gemahnt, dass dies nicht wieder zurückgefahren werden dürfe, wenn man die soziale Kluft in der Gesellschaft nicht vergrößern wolle.



Großen Unmut gab es bei den versammelten InteressenvertreterInnen darüber, dass Bremen sich bisher nicht bereiterklärt hat, den jüngsten Tarifabschluss für die Länder auf die BeamtInnen zu übertragen. Der stellvertretende Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Burckhard Radtke, forderte demokratische Verhandlungsrechte und eine Gleichbehandlung für die BeamtInnen und fand damit großen Beifall.



Vehement forderten die InteressenvertreterInnen Maßnahmen zur Vermeidung unsicherer und nicht auskömmlich entlohnter (prekärer) Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst. Alle PolitikerInnen reagierten betroffen auf das dargestellte Ausmaß und sahen Handlungsbedarfe. Andreas Bovenschulte erklärte für die SPD, solche Beschäftigungsverhältnisse zurückdrängen zu wollen. Auch Karin Matthes strebt differenzierte Lösungen an.

Die InteressenvertreterInnen äußerten an dieser Stelle nachdrücklich die Erwartung, dass die Senatorin für Finanzen mit dem Gesamtpersonalrat grundsätzliche Standards zur Vermeidung prekärer Beschäftigungsverhältnisse verabredet. Lob gab es für die Bildungssenatorin, die diesbezüglich bereits zu ersten Vereinbarungen mit dem Personalrat Schulen gekommen ist.

Einvernehmlich bekannten sich die ParteienvertreterInnen zum Bremischen Personalvertretungsgesetz, dass sie nicht antasten wollen. Auch betriebsbedingte Kündigungen im öffentlichen Dienst schlossen alle aus.